

# Beschluss des außerordentlichen Landesparteitags der FDP Bremen am 7. Mai 2023

---

## Wahlaufruf zur Bürgerschaftswahl 2023

**Zeigen wir, was geht. Ohne belehren, gängeln, verbieten.**

Wir Freie Demokraten sind davon überzeugt: Die Menschen in Bremen und Bremerhaven haben Vertrauen in Ihre Selbstbestimmung und Freiheit verdient. Der SPD, den Grünen und der CDU fehlt das Vertrauen in die Fähigkeiten der Menschen. Viel zu oft wird mit Belehrungen, Gängelungen und Verboten Politik gemacht. Als Freie Demokraten lehnen wir eine solche Politik der Bevormundung und des Misstrauens gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ab.

Es ist nicht Aufgabe der Politik, den Menschen die Art ihrer Fortbewegung vorzuschreiben – es ist Aufgabe der Politik, hierzu vielfältige Angebote zu machen. Es ist nicht Aufgabe der Politik, den Menschen zu sagen, dass sie sich sicher fühlen können – es ist Aufgabe der Politik dafür zu sorgen, dass die Menschen sich tatsächlich sicher fühlen. Es ist nicht Aufgabe der Politik, den Menschen beim Thema Bildung ständig zu erzählen, man sei ‚auf dem richtigen Weg‘ – es ist Aufgabe der Politik, gute Bildungspolitik zu machen. Es ist nicht Aufgabe der Politik, Unternehmen vorzuschreiben, ob und wie viele Auszubildenden sie einzustellen haben – es ist Aufgabe der Politik, durch gute Schulbildung für gute Ausbildungschancen zu sorgen.

Damit Bremen in den entscheidenden Politikfeldern Bildung, Verkehr, Sicherheit, Wirtschaft und Migration weiter vorankommt, braucht es einen politischen Wechsel: Mehr Entscheidungsfreiheit und weniger Bevormundung. Konzentration auf die für die Bürgerinnen und Bürger wirklich wichtigen Themen. Die Lebensrealität der Menschen dabei fest im Blick. Der politische Wechsel in Bremen gelingt nur mit einer starken FDP.

Folgende Leitlinien gelten für uns Freie Demokraten:

1. **Die Gängelung der Autofahrerinnen und Autofahrer muss ein Ende haben.** Bremen ist eine Autostadt. Mercedes hat in Bremen das größte Werk Europas. Viele Menschen sind in Bremen auf das Auto angewiesen. Sie durch den Wegfall von immer mehr Parkplätzen, Tempo 30 in der ganzen Stadt oder eine autofreie Innenstadt zu gängeln, lehnen wir ab. Das Auto gehört zu einem individuellen Mobilitätsmix genauso dazu wie Fahrräder und der ÖPNV. Deshalb wollen wir kostenloses Kurzparken einführen – Ja zur „Brötchentaste“!
2. **Bei der Inneren Sicherheit helfen nicht immer mehr Verbote, sondern konsequentes Durchgreifen mit Rückendeckung durch die Politik.** Bremen hat ein großes Kriminalitätsproblem. Es gibt mittlerweile Orte, an denen man sich nur noch sehr ungern aufhält. Ein Negativbeispiel ist der Bremer Hauptbahnhof. Rechtsfreie Räume darf der Staat nicht hinnehmen. Wir fordern hier ein konsequentes Durchgreifen von Polizei und Ordnungsdienst. Dafür braucht es politische Rückendeckung und eine bessere Ausstattung von Polizei und Justiz – personell und technisch.

3. **Recht und Ordnung auch in der Migrationspolitik.** Deutschland und Bremen brauchen mehr qualifizierte Einwanderung in den Arbeitsmarkt und weniger Einwanderung in die Sozialsysteme. Bremen muss endlich seiner Verantwortung bei der Rückführung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus gerecht werden. Bisher blockiert der Senat eine große Zahl von Abschiebungen. Daher braucht es eine Abschiebeoffensive in Bremen.
4. **In der Bildungspolitik muss sich Leistung wieder lohnen.** Der Leistungsgedanke ist im Bremer Schulsystem durch rot-grüne Experimente stark zurückgedrängt worden. Das bremst leistungsstarke Schülerinnen und Schüler und schadet den leistungsschwächeren. Deshalb setzen wir als FDP Bremen auf die Einführung von Noten ab der dritten Klasse und die Wiedereinführung des Sitzenbleibens. Außerdem braucht es einen praxisnahen Wirtschaftsunterricht in den Schulen, der die Schülerinnen und Schulen auf das echte Leben vorbereitet.
5. **Die Gängelung der Wirtschaft muss beendet werden.** Wir werden nach der Wahl nur Teil einer Koalition, wenn die Abschaffung der Ausbildungsumlage fest im Koalitionsvertrag verankert ist. Diese passt auch nicht in eine Zeit, in der die Unternehmen und Handwerksbetriebe durch Pandemie, Krieg in Europa und Energiekosten ohnehin schon stark belastet sind und zudem händeringend nach ausbildungsreifen und -bereiten Jugendlichen suchen. Bremen und Bremerhaven müssen eine weitere Abwanderung von Unternehmen verhindern und neue ins Land holen. Deshalb muss die Gewerbesteuer gesenkt werden.
6. **Keine Koalitionen der Bevormundung und Verbote.** Die Grünen sind in Bremen Treiber einer Politik, die nicht an die Freiheit und Selbstbestimmung der Menschen glaubt. Die FDP wird in keine „grüne“ Koalition eintreten, die auf mehr Verbote setzt. Wir stehen für das Ermöglichen, nicht für das Verbieten.